

# Luibeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der "Luibeder Volksbote" erscheint täglich nachmittags, außer an Sonn- und Feiertagen und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Auszüger vierteljährlich 3.00, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telefon Nr. 928

Die Auszeitungsgebühr beträgt für die fechsigspäppelte Zeitung oder deren Raum 60 Pf., Versammlungs-, Arbeits-, Wohnungsanzeigen 50 Pf., auswärtige Anzeigen 60 Pf., — Anzeige — die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenruhe.

Nr. 54.

Mittwoch, den 5. März 1919.

26. Jahrg.

## Die neue Reichsverfassung.

Die Postverbindung mit Weimar ist außerordentlich schlecht. Briefe erreichen uns nur mit mehrtägiger Verspätung. Auch der verlegende Artikel erfuhr leider diesen Aufschub. Da aber die Verfassungsfrage noch lange nicht erledigt ist, haben die Aussführungen ihre Aktualität nicht verloren.

-st. Weimar, Ende Februar.

Die Hauptaufgabe der deutschen Nationalversammlung in Weimar ist die Schaffung einer neuen Reichsverfassung. In dieser neuen Verfassung soll und muss zunächst fest verankert werden, was die Revolution uns an Errungenschaften gebracht hat. Darüber hinaus aber soll sie die Bahn frei machen für die weitere freiheitliche Entwicklung Deutschlands auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete. Entspricht nun der von uns ausgewählte wiedergegebene Entwurf diesen selbstverständlichen Forderungen? Leider muss die Frage verneint und gleichzeitig gesagt werden, dass dieser Verfassungsentwurf sehr kurz vor Ausbruch der Revolution das Licht der Welt hätte erblicken können. Von dem Hauch der Revolution, der alles Alte, Ueberlebte hinwegfegt, verspürt man in diesem Entwurf nur außerordentlich wenig.

Bei der Erörterung des deutschen Verfassungsproblems kommt als erste Frage in Betracht: Einheitsstaat oder Föderativstaat? Es dürfte wohl kaum einen weitwissenden Menschen geben, der nicht ohne weiteres zugeben muss, dass die idealste Staatsform für das neue Deutschland der Einheitsstaat ist. Aller hemmenden Grenzfähre im Innern los und ledig, könnte sich dieser junge Einheitsstaat zu einem wirklichen Volksstaat entwickeln, wobei wäre es mit den heute noch bestehenden Reservatechten in den verschiedenen Bundesstaaten. Jeder Deutsche könnte allenthalben in Deutschland seine Heimat, ohne dass er erst gewisse Rechte sich zu erwerben brauchte. Das wäre ein einiges Deutschland, wie es schon den Kämpfern der 1848er Revolution vorschwebte. Leider führt ins der Verfassungsentwurf dem Einheitsstaat auch nicht einen Schritt näher. Im Gegenteil: Der Föderativstaat wird wieder fest verankert. Leider muss gesagt werden, dass die Revolution hier außerordentlich vieles versäumt hat. Sie hätte gleich Kraft des ihr innerwirkenden Rechtes aufräumen sollen mit den Einzelstaaten. Dann wären sie verschwunden gewesen und niemand hätte sie wieder aufleben lassen können. So aber sind die Einzelstaaten, nachdem sie sich zeitgemäße Verfassungen gegeben haben, durch die Revolution wieder in den Sattel gehoben worden und der Partikularismus hat auch in den Reihen unserer Parteigenossen wieder festen Fuß gefasst. Unter diesen Umständen dürfte es ausgeschlossen sein, den Einheitsstaat einzuführen. Bleiben aber die Einzelstaaten bestehen, dann kann man uns Lübeckern auch nicht verdenken, wenn wir unter Wahrung unserer prinzipiellen Grundsätze für die Selbständigkeit unseres Freistaates eintreten. Über die Gründe, die für diesen Standpunkt sprechen, ist schon mancherlei gelagert worden, so dass wir an dieser Stelle nicht näher darauf einzugehen brauchen.

Unter keinen Umständen aber darf aus dem Auge gelassen werden, dass die neue Verfassung den Weg ebnet für den einheitlichen deutschen Nationalstaat. Das geschieht in dem Entwurf nicht. Der Artikel 15 spricht von der Beziehung des Zusammenschlusses der deutschen Gliedstaaten. Hier muss unter allen Umständen dafür gesorgt werden, dass den Gliedstaaten die Hindernisse überwindung zur Einleitung von Zusammenschlussverhandlungen entfernt wird. Empfehlenswert wäre es auch, wenn dem Reich die Möglichkeit gegeben wird, hier der treibende Keil zu sein. Denn darüber täusche man sich doch nicht, dass die große Masse des deutschen Volkes den Einheitsstaat will und diesem Willen muss gerade in der jetzigen Zeit mehr denn je Rechnung getragen werden.

Will man dem Einheitsstaat die Wege ebnen, dann ist es notwendig, dass die Zentralgewalt der Republik mit allen Kräften gestärkt wird. Verschwunden müssen alle Reservatrechte. Weiter muss dafür gesorgt werden, dass neben den bereits in der Verfassung vorgeesehenen Fragen mindestens das Verkehrsrecht, das Schulrecht, die Kultuspolitik, die Sozialpolitik und das Wohnungswesen Sachen des Reiches wird. Entzieht man auf diese Weise den Einzelstaaten die Entscheidung über diese Fragen, führt man dazu noch das Referendum und die Initiative ein, dann dürfte mancher Widerstand gegen den Einheitsstaat verschwinden.

Beseitigt werden muss auch die in dem Entwurf vorliegende Einrichtung des Reichsrates, des bisherigen Staatenausschusses. Wir brauchen im Reich kein Oberhaus. Die ganze Gesetzgebung muss und darf nur in den Händen des Reichstages liegen. Was jetzt geschaffen werden soll, ist nichts anderes, als eine Neuauflage des alten Bundesrats, dessen Rechte allerdings etwas beschränkt sind. Bezeichnend ist es, dass im Gegenjahr

zu dem ursprünglichen Entwurf die Reichsratsmitglieder aus den Regierungen der Einzelstaaten und nicht aus den Volksvertretungen genommen werden sollen. Man kann einwenden, dass ja die Regierungen getragen sein sollen von dem Vertrauen der Volksvertretung und damit des Volkes. Wir möchten heute nicht die Gründe erörtern, die es möglich erscheinen lassen, dass diese Voraussetzung nicht zutreffen. Um allen Komplikationen vorzubeugen, um auch in den Einzelstaaten das Schwergewicht der Reichspolitik in die Hände der Volksvertretungen zu legen, müssen die Vertreter des Reichsrates — wenn man ihn nicht beseitigen kann — von dem einzelsätzlichen Parlament gewählt werden. Damit ist nicht gesagt, dass man kein Reichsratsmitglied entenden kann; vielleicht empfiehlt es sich sogar. Die Beforderung muss also lauten: Fort mit dem Reichsrat als Oberhaus!

Eine weitere viel umstrittene Frage ist die des Reichspräsidenten. Persönlich stehen wir auf dem Standpunkt, dass man in der deutschen Republik keinen Kaiserreich einzuführen sollte. Die Geschichte spricht gegen die Institution des Reichspräsidenten. Aus dem Präsidenten Napoleon ist z. B. ein Kaiser Napoleon geworden. Es ist natürlich ausgeschlossen, dass bei einem sozialdemokratischen Präsidenten so etwas vorkommen kann; werden wir aber immer einen sozialdemokratischen Präsidenten haben? Wir möchten es nicht beweisen. Aber innerhalb, es kann auch einmal anders kommen, insbesondere, wenn die Wahl des Präsidenten, wie vorgesehen, vom Volke vorgenommen wird. Da denken wir an einen bürgerlichen Block gegen uns, denken an die Aufstellung einer populären Persönlichkeit, wie z. B. Hindenburg, und an die Volksstimme, die bekanntlich nicht immer fest ist. Unter diesen Umständen und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass dem Reichspräsidenten in der Verfassung erhebliche Rechte eingeräumt werden, ist es zweckmässiger, man ersetzt den Reichspräsidenten durch eine kollegiale Regierung, oder durch eine Einrichtung, wie in der Schweiz, wo sich das Volk sehr gut bewährt hat. Ob aber diesem Wahlsystem entsprochen ist, steht angeknüpft des Umstandes, dass die Meinungen hierbei in den Fraktionen sehr geteilt sind, noch dahin. Darüber, dass in den Einzelstaaten keine ungekrönten Könige oder Fürsten in Gestalt von Landespräsidenten geschaffen werden sollen, besteht in der sozialdemokratischen Fraktion kein Zweifel, ebenso wenig darüber, dass man den Reichspräsidenten nicht, wie es der Entwurf vorstellt, auf die lange Dauer von 7 Jahren wählt.

Als Sozialdemokraten vermissen wir in dem Entwurf die Hervorhebung und überhaupt nur die Erwähnung sozialdemokratischer und sozialer Forderungen. Diese Verfassung, die nicht einmal das 20. Lebensjahr für die Wahlen für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden vorsieht, die die Staatsbürgerrechte in den Einzelstaaten zuläßt, ist eine rein bürgerliche; sie enthält kaum einen Tropfen sozialistischen Geistes.

Zum Schluss noch eins: Der Entwurf redet von einer Verfassung des Deutschen Reiches. Warum schützen sich hier vor der doch eigentlich ganz selbstverständlichen Bezeichnung Republik? Die Revolution hat uns die Republik gebracht, nennen wir also das Ding beim rechten Namen. Das ist um so notwendiger, um auch dem Ausland gegenüber als das dazustehen, was wir sind, als Republik.

Es bleibt also außerordentlich wenig, was uns an dem Verfassungsentwurf gefällt. Es ist selbstverständlich, dass die sozialdemokratische Fraktion durch ihre Vertreter im Verfassungsausschuss alles daran sehen wird, um aus diesem Entwurf eine Verfassung hervorzuheben zu lassen, die den berechtigten Wünschen des großen Teiles des Volkes entspricht und erkennen lässt, dass wir in Deutschland im November v. J. eine Revolution hatten.

## Nationalversammlung.

Weimar, 4. März.

Die Sitzung wurde nach 3½ Uhr eröffnet.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Dr. Kahil (D.M.) fragt nach den Schriften der Reichsregierung, um die sofortige Befreiung der vom Feinde zur Verantwortung gezogenen deutschen Werkleute zu bewirken, die während des Krieges von der deutschen Heeresverwaltung in den besetzten Gebieten Industriematerial angekauft haben.

Ein Regierungskommissar erwidert, dass bei den Alliierten mehrfach Einsprüche gegen die Verhaftungen erhoben worden seien. Ein endgültiger Bescheid sei bisher nicht erfolgt.

Arnsdorf (D.M.) und Genothen fragen, was die Regierung zur Beseitigung des Papiermangels für die deutsche Presse tun wolle.

Reichswirtschaftsminister Wissell: Eine befriedigende Papierversorgung der Presse wird erst dann möglich sein, wenn das deutsche Wirtschaftsleben wieder in einigermaßen geordnete Bahnen zurückkehrt.

Oehle (D.M.) fragt an wegen der unzureichenden Belieferung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln.

Reichsminister Schmidt: Die Reichsregierung ist bemüht, von den Alliierten die Freigabe der Produktion in den besetzten Gebieten zu verlangen und tut auch sonst alles in ihrer Macht stehende.

Henne (US): Der kapitalistische Charakter der Verfassung zeigt sich darin, dass Ereignissen nur gegen Einheitsbewegungen verfügt sein sollen. Die Arbeiter leben in dem allgemeinen Wahlrecht nicht ein Mittel, das sie von allem Elend befreien kann. Sie wollen ein höheres, ihre Interessen wahrzunehmen, die Arbeiter- und Soldatenrechte. Wir fordern mit allem Nachdruck, dass das Rätestaat in der Verfassung den Platz habe. Das Rätestaat bedeutet das End, das Parlamentarizismus. Erst wenn die Arbeiter leben, dass dem Rätestaat die Macht gegeben wird, werden sie wirken können. Sie werden vorbereitet und niedergeschlagen werden können, aber sie werden in immer gröserer Kraft melden anstreben.

Stresemann (D.P.): Was der Rätestaat erstrebt, ist eigentlich der vollkommenen Verfassungsstaat zu sein. Eins zieht sich durch alle unsere Verhandlungen als Kennpunkt: das Problem Preußen-Deutschland. So hört man immer wieder die heftigen Angriffe gegen Preußen. Gegen die Sonderheit der süddeutschen Städte ist man viel zurückhaltender, da der kleinere Staat mit Provinzen unzufrieden ist, so bleibt mir übrig, die Autonomiehaltung der Bundesstaaten, denen man dann aber auch die Möglichkeit der Entwicklung ihrer Eigenarten geben muss. Für die Lösungssuchtreibungen innerhalb Preußens heißt es: Widerstehe den Anfangen. Man lasse Preußen wie es ist. Eine Hegemonie ist nicht mehr vorstellbar. Ich verweise in der Verfassung eine Bestimmung zum Schutz der Deutschen im Ausland, da in den nächsten Jahren viele Deutschen verlassen müssen. Weiter vermissen wir Bestimmungen über das Recht auf Bildung und Erziehung sowie über das Siedlungsweisen. Der Gedanke einer sozialen Parlamentarisierung erscheint mir durchaus erwähnenswert, aber dieses herkömmliche Parlament würde keine vollziehbare Gewalt haben, sondern hätte nur vorbereitende Arbeit zu leisten. Die Vorstufe dazu ist die Arbeitsgemeinschaft zwischen Groß-Industrie und Gewerbehaft.

Reichsminister Dr. David: Ich habe aus der Debatte den Eindruck gewonnen, als ob man über der Kritik des Großen, Gute und Werwolle vergift, das uns die neue Verfassung bringt. Die republikanische Staatsform, die darin festgesetzt wird, ist doch keine Kleinigkeit. Wir haben die demokratische Republik, in der die höchste Staatsgewalt beim Volke liegt und unser Wahlrecht ist demokratischer als in irgendeinem anderen Lande. Zeigt es sich, dass die Regierung die rechte Verantwortung vor dem Volke, Zeigt es sich, dass wir eine wichtige Rettungserfolg haben, so ist das, dass wir in der Verfassung eine demokratische Verantwortung für das Ausland und für den Auslandsgewalt des Reiches zum Ausdruck gebracht ist. Auf der Sozialdemokratie ruht der starke Zusammenhang des Reiches und sie wird ihn tragen. Dazu ist allerdings nötig, dass neben der politischen Demokratie nun auch die wirtschaftliche ihren Einzug hält, die auch im Verfassungswerk zu verankern ist. Über der Sozialismus, der den Menschen mit Maschinengewehren aufzuzwingen werden soll, den man mit Recht bezeichnet als den Sozialismus antisozial, taugt wenig. Hier hat das deutsche Volk eine nationale Selbstmission zu erfüllen, sich selbst zum Heile und anderen Völkern zum Vorbild. (Lebhafte Beifall.)

Die Verfassungsvorlage wird an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch, nachmittags 3½ Uhr.

Schluss 6,10 Uhr.

## Zur Generalstreitbewegung.

Die Unzufriedenheit, die weite Kreise der Arbeiterchaft erfüllt, ist zum Teil auf die schwere Notlage zurückzuführen, die auf der Arbeiterklasse lastet und die freilich, solange die Blockade dauert und unser Außenhandel nicht wieder in Gang kommt, von keiner Macht der Welt beendet werden kann. Aber sicher ist auch eine der wichtigsten Ursachen der Gärung der Unzufriedenheit der Arbeiterchaft darüber, dass trotz der siegreichen Revolution der Sozialismus für viele zu langsam vorschreitet. Wer sich seit Jahren mit der sozialistischen Gedankenwelt beschäftigt hat, weiß, dass die wirtschaftliche Umwandlung tieferer Vorarbeit bedarf, dass ein Produktionsprozess keine Eisenbarrikade verträgt, ohne selbst die zu schädigen, denen er Hilfe bringen soll. Der Wille, auf Grund unseres Programms aufzubauen, ist nicht zu bestreiten. Ob dieses Bestreben aber durch die Streiks heute gefördert wird, ist zu bezweifeln. Die Idealisten, die frisch drauf los stürmen, dürfen aber auch den Schaden nicht vergessen, den die vielen unlauteren Elemente ihnen verursacht haben.

So zeigt sich wieder in Berlin, wie unlautere Dazwischenräuber jeden Ausstand distreditieren. Es wurden Waffenläden und Goldwarengeschäfte geplündert und mit derartigen Heldentaten hat ein politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter nichts gemein. Das ist selbstverständlich, bedarf aber doch der Abwehr gegenüber der wilden Telegrafenflut in den bürgerlichen Blättern. In Berlin bestehen jetzt zwei Streitlinien, in denen drei Richtungen vertreten sind. Da Streitunterstützung nicht bezahlt wird, bringen die Arbeiter erhebliche Opfer.

An dem Streik dürfen nach Beschluss der Räte nicht teilnehmen die Lebensmittelbranche, Feuerwehr, das gesamte Sanitätswesen, Gaswerke, Beerdigungsinstitute, sowie Krankenanstalten und Gewerkschaftsorganisationen. In den Generalstreik treten auf Grund der Beschlüsse u. a. ein: die Werkzeugmittel mit einer kleinen Einbringung, vollständig streiken: Elektrizitätswerke, Post und Telegraph, Gastwirtschaft und Hotels, Dienstboten und die Presse. In politischer Beziehung wurde grundsätzlich die Annahme der Arbeiter- und Soldatenrechte gefordert. Ferner wird verlangt die Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere von Ledebour und Radek, Auflösung des Standgerichts, Wiederaufnahme der politischen, Auflösung des Standgerichts, Wiederaufnahme der politischen

schen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland, sofortige Auflösung der Feindwilligenkundschaft, Umwandlung der bestehenden Geiste in Volksgerichte. Ein Revolutionsgericht soll die beiden Hohenzollern, Hindenburg und Ludendorff aburteilen. Drittens wurde beschlossen, die Mörder Karl Liebknecht, Rosa Luxemburgs und anderer nicht radikaler Revolutionärer in der gleichen Weise vor ein Revolutionsgericht zu stellen.

Der Vorstand der Bezirksorganisationen Groß-Berlins der alten Partei fordert die Genossen auf, „nur in den Betrieben in den Streik zu treten, die in geheimer Urabstimmung beschlossen sind und sich gegen jeden terroristischen Streikzwang energisch zur Wehr zu sezen. Bekämpft auch entschieden das Auftreten der nicht sozialdemokratischen Elemente, die die Gelegenheit zu Plündereien und Unruhen auszunützen versuchen.“

Über den Gang der Ereignisse entnehmen wir folgendes:

Die Berliner bürgerlichen Zeitungen sind größtenteils am Ersteinen verhindert, alle Fabriken, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, stehen still. Die Streikleitung besteht außer dem Volksrat aus je zehn Sozialdemokraten und Unabhängigen. Die Spartakisten sind ausgechieden wegen der Beteiligung der Sozialdemokraten. Der „Vorwärts“ meldet, daß das sogenannte Mitteilungsblatt des Volksrats der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins eine Fälschung sei. Wenn das Mitteilungsblatt, das in Wirklichkeit die unabhängige „Freiheit“ ist, sich über die Verhängung des Belagerungszustandes entzürfe, so ist darauf hinzuweisen, daß die „Freiheit“ kein Wort des Protests gefunden hat, als die Bremer Spartakisten den Belagerungszustand über Stämme verhängten und kein Wort des Protests, als fast die ganze Berliner Presse vom Spartakus-Terror unterdrückt wurde. Es sei ganz unmöglich, in der Weise zu regieren, daß die Politik immer nach der letzten Forderung einer erregten Streikversammlung eingerichtet werden müsse. Die Regierung sei bereit, die Arbeiterräte als die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen und sie mit weitgehenden Rechten auszustatten.

In der Nacht zum Dienstag sind insgesamt 32 Polizeireviere geklärt worden. In Lichtenberg kam es bei einem solchen Anlaß zu einem sehr heftigen Feuerkampf, bei dem drei Polizeibeamte getötet und etwa 6–7 Spartakisten tödlich verletzt wurden.

Die Berliner Lebensmittelgeschäfte, insbesondere die Bäckereien, wurden Montag gegen Abend und Dienstag früh überraschend in Anspruch genommen. Die Hausfrauen wollten ihre ganzen Einkäufe einkaufen.

Der Bürgerausschuß will mit der Proklamierung des Bürgerstreiks noch das Ergebnis der Verhandlungen abwarten, die zwischen der Streikleitung und der Regierung stattfinden sollen. Arbeiters- und Ringbahn-Verkehr wurden wieder aufgenommen. Die Jüge sind aber in unglaublicher Weise überfüllt. Der Fernverkehr wird noch im Umfang der letzten Zeit weitergeführt. In einer Versammlung der sozialdemokratischen Betriebs-Bauernleute und Arbeiterräte wurde mitgeteilt, daß eine Zusammensetzung der in etwa 80 Betrieben vorgenommenen Gemeinschaftsabstimmung des Bild zeigt, daß nur 7000 Stimmen für den Streik und 20 720 gegen den Streik abgegeben wurden.

In der Gewehrfabrik und der Artilleriewerkstatt in Spanien kam es Dienstag morgen zu großen Auseinandersetzungen gegen den Generalstreik. Es wurde durchgekämpft, ob in der Artilleriewerkstatt Mittwoch vormittag eine geheime Abstimmung über den Generalstreik vorgenommen wird.

Das Spartakusorgan die „Rote Fahne“ ist verboten worden. Das Druckereigebäude wurde von Regierungstruppen während des Kampfes besetzt.

In Leipzig dauert der Generalstreik der Bürger und Arbeiter fort. Wie verlautet, wurde das Postflugzeug Berlin-Leipzig-Reimar von den Beauftragten des Arbeiters- und Soldatenrats an der Ausladung der Postflüge verhindert und mußte die posten Postflüge wieder mit nach Berlin zurücknehmen.

Über Halle ist das Standrecht und der Belagerungszustand verhängt worden. Der Bürgerstreik soll aufgegeben werden. Der Parlamentstag fährt wieder über Halle.

Der Streik in Westfalen ist erfahrt keine Abschwächung. Die Jüge können Erfurt nicht erreichen, da die Straße Neu-Dietendorf-Wilhelmsdorf verkehrsuntüchtig gemacht ist. Der Drahtverkehr mit den mittelhessischen Städten ist unterbrochen.

Im allgemeinen ist der gestrige Tag in Berlin ruhig verlaufen.

In der gestrigen Vollzogung der Arbeiterräte Groß-Berlins wurde mit großer Mehrheit folgende Entschließung angenommen: Der Streik richtet sich nur insofern gegen die Regierung, als von ihr eine befriedigende Erfüllung der sozialen Forderungen verlangt wird.

Betreter der Groß-Berliner Streikleitung trafen am Dienstag in Weimar ein und werden mit der Reichsleitung Verhandlungen beginnen.

In Rheinland und Westfalen gärt es wieder. Auf den Schachtlagen Deutscher Kaiser in Hamm befindet sich der größte Teil des Belegschafts seit gestern wieder im Ausland. Bei der Frühstück sind von den 6000 Mann starken Belegschaft 3200 nicht angekommen. Der Streitgrund ist: Forderung der Zufriedenstellung der Regierungstruppen, Einführung der 7%ständigen Arbeitszeit, sowie die sofortige Entlassung der bei den letzten Wahlen gewählten Spartakisten. Für den Zechen Hamburg (Arenz), Frankfurter (Witten) ist die Belegschaft erneut in den Ausland getreten. Die Gesamtzahl der Ausländer beläuft sich auf 5438 Mann.

Wie erst jetzt bekannt wird, haben am Anfang der vorigen Woche in Bereichen schwerer Arbeiterkämpfe eingefügt. Es sind militärische Verbündungen herangezogen worden. In Südwürttemberg kreisen allein 15 000 bis 20 000 Arbeiter und im oberen Elsass 5000.

## Ein Appell der holländischen Sozialdemokraten.

Die Leitung der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei riefte an die sozialdemokratischen Parteien Englands, Frankreichs, Italiens und Belgien ein von dem Vorsitzenden Bieges und dem Sekretär Mattiessen unterzeichnetes Telegramm, wonin sie auf die unzureichenden wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, vor allem in der Arbeiterschaft, verweist, die Deutschland zur Verzweiflung treiben und bedauerliche Auswirkungen verursachen. In Deutschland besteht absolute Mangel an unentbehrlichen Lebensmitteln und eine entsetzliche Sterblichkeit, besonders unter den Kindern, den alten Leuten und den schwangeren Frauen. Es drohe ein moralischer Zusammenbruch, der ein anarchistisches Chaos zur Folge haben werde, das nicht nur für das deutsche Volk allein gefährlich wäre. Die Lage könnte sich nur bessern, wenn die angestammten Regierungspolitiken sofort Lebensmittel nach Deutschland ließen. Dies sei nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, denn Sterben durch den Krieg kann offenbar nicht enden, sondern auch ein Gebot verständiger Politik. Das Telegramm schloß mit den Worten: Wir appellieren verzweifelt an die sozialdemokratischen Parteien der alliierten Völker, die Kräfte an zuwenden, damit Ihre Regierungen Maßnahmen zur Verbesserung des wohinlosen Zustandekommens des deutschen Volkes treffen, der für ganz Europa verhängnisvolle Folgen haben würde.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Verhandlungen im Zuge Friedens.

Zur Beurteilung des Kriegsgerichts der Sozialdemokratischen Partei hat am Samstag Kapitän v. Blum-Hartung, Hauptmann v. Blum-Hartung, Oberleutnant Pieper und

Oberleutnant Vogel verhaftet worden. Bekanntlich sind dies die Offiziere, denen vorgeworfen wird, daß sie an der Ermordung Karl Liebknechts und der Rosa Luxemburg beteiligt gewesen oder sich der Duldung dieses Vergehens schuldig gemacht haben.

### Reichsgerichtliche Regelung der Kohlenwirtschaft.

Die Reichsregierung hat dem Staatsausschuß den Gesetzentwurf über die Regelung der Kohlenwirtschaft vorgelegt. Die Zeitung der Kohlenwirtschaft wird einem Reichskohlenrat übertragen. Die Reichsregierung schlägt die Kohlenverarbeiter für bestimmte Bezirke zu Verbänden und diese zu einem Gesamtverband zusammen. Diesen Verbänden liegt die Regelung von Förderung, Selbstverbrauch und Abbau unter Aufsicht der Reichsregierung und des Reichskohlenrats ob. Die Reichsregierung regelt die Feststellung der Preise. Es wird ein Sachverständigenrat aus 15 Mitgliedern bestellt, von denen je 15 von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern der Betriebskammern zu wählen sind. Die restlichen 15 Mitglieder sind von der Reichsregierung zu ernennen. Das Gesetz soll gleichzeitig mit dem Sozialisierungsgesetz in Kraft treten.

### Für eine vorläufige Regierung in Bayern.

Die Nachricht, daß der bayerische Landtag in Bamberg zusammengetreten ist, bewahrheitet sich nicht. Dagegen fanden in Nürnberg Besprechungen von Sozialdemokraten, Unabhängigen und Bauernverbänden statt, die sich auf die Schaffung einer vorläufigen Regierung und eines gemeinsamen Aktionsprogramms einigten. Dies steht in seinen wichtigsten Punkten vor: Soziale Einberufung des Landtages zu kurzer Tagung, Bildung eines sozialistischen Ministeriums, Anerkennung dieses Ministeriums durch den Landtag, Schaffung einer Notverfassung, Übertragung weitgehender Vollmachten durch den Landtag auf das Ministerium, die sofortige gesetzgebende und vollziehende Gewalt liegt während des Provisoriums allein in den Händen des Ministeriums. Kein Vertreter der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte kann an den Sitzungen des Ministeriums mit beratender Stimme teilnehmen. Auflösung des stehenden Heeres, Bildung einer freiwilligen Volkswehr aus politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Dem Ratskongress, dessen Aktionsausführungen und dem Zentralkomitee stehen keine gesetzgebenden und Vollzugsrechte zu. Sobald als möglich sollen Neuwahlen für die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte nach den Grundsätzen der Sozialisierung vorgenommen werden. Dieses Programm wird dem Ratskongress vorgelegt.

### Die Mordanschläge im bayerischen Landtag.

Der „Vorwärts“ erhält von einem bayerischen Landtagsabgeordneten, der dem Amtsrat auf Trier beigekehrt hat, einen ausführlichen Bericht. Darin heißt es: Lindner sei durch die Vertreter des Arbeiterviertels angegriffen, ging auf die Ministerialkasse zu, legte zu Tuer ein kurzes Werk — einige verstandene Wörter — und trat mit drei Schüssen nieder. Gleich darauf schlug von der Truppe ein so wildes Feuer in den Saal ein, daß eine Wolke von Blutwolken über dem Saal lagerte. Erst hierdurch entdeckte die Polizei, daß es zwei, als werde von allen Seiten geheißen. Der sozialistische Beamte hat ergeben, daß der Zentralkomiteeabgeordnete Oef durch einen Schuß von der Tribune getötet wurde. Als die Runde von dem Amtsrat auf Eisner in den Saal gelangte, wurde niemand mehr hinaus oder hinein gelassen. Es ist also ganz ausgeschlossen, daß die Trümmerbehörde und Lindner sich erst unter dem Eindrud dieser Nachricht bewaffnet haben. Sie sind bereits vor der Ermordung Eisners im Saal im Landtag erschienen. Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß das Attentat auf Eisner ganz unabhängig von der Ermordung Eisners erfolgte und schon von langer Hand vorbereitet war. Der Ministerialbeamte Major Jorets, der sich hier näheren, um ihm Beistand zu leisten, sowie ein zweiter Ministerialbeamter wurden gleichfalls von Lindner niedergeschossen. Der einzige, der von der Schutzwache herausgelassen wurde, war der Minister Lindner. Die draußen stehenden Spartakisten nahmen die Kunde von der Niederschlagung Eisners mit lauten Prozessen entgegen. Die Anhänger des Anschlags, wem die Justizbehörden auf den Mörder schändeten, wurden verhext.

Weiter teilt der „Vorwärts“ mit, daß die Allgäuer Zeitung am 27. Februar bei der ersten Spalte mit der Zeile beginnt: „Der Berliner „Vorwärts“, das Hauptorgan der deutschen Sozialdemokratie, dann ist die ganze Stadt bis zum Schluss ein einziger weisser Fleck, alles folgend hat die terroristische Zensur gestrichen. Am 24. und 25. Februar brachte der „Vorwärts“ die Enthüllungen über die Mordtat Lindners. Offenbar sind diese Schilderungen in der „Allgäuer Zeitung“ unterdrückt worden.“

### Oeffentlich.

Opfer der Hungerblöde. Wien zählt heute 650 000 Einwohner, die in die Klasse der Minderbemittelten eingereiht sind, davon 100 000 Kinder. Wie leben diese Armen? Nach einer vorgerückten Kontrolle essen die meisten Kinder nur einmal am Tag. Das Essen besteht aus einer Portion Rüben und Kohl mit sehr wenig Fett geschmolzen. Viele Kinder bekommen nicht einmal die Lungenration, denn sie sind noch nicht schulpflichtig oder stark, bzw. haben sie keine Kleider, um in die Lüstepeisung gehen zu können. Dicht zusammengepfercht in engen Wohnungen hausst die Armut in Wien. In einem Hause wohnen 52 Familien mit insgesamt 152 Kindern, in einem andern Hause wohnen 52 Familien mit 180 Kindern. Wie sieht es in diesen Wohnungen aus? In den meisten fehlen die nötigen Betten und das Bettzeug. Die Frauen und Kinder sehen bleich und hohlwangig aus, sie leiden Hunger und Kälte. Der größte Teil der Kinder ist tuberkulös, viele so schwach, daß sie nicht einmal die Stiege in ein Schulgebäude antreten können. Sie wachsen hin, wie zarte Pflanzen, denen die Nahrung, Lust, Licht und Sonne mangeln. In die geräumige Klinik werden fast täglich Kinder eingeliefert, die ohne ärztliche Pflege sterben.

## Wirtschaftliches.

### Die erschreckende Ernährungslage in Danzig.

Die Ernährungskommission bewegen, aus den Transporten, die über Danzig nach Polen gehen, sofort 500 Tons Speck und Schmalz zu überlassen. Das sind also 10 000 Zentner Fett, auf den Kopf der Bevölkerung etwa 5 Pfund. An ihrer Verhandlung halten sich die Amerikaner allerdings nur gebunden, wenn die Sicherung der polnischen Transporte unbedingt durchgeführt wird und in Danzig kriegsähnliche Umrüthen nicht stattfinden. Englische Offiziere hatten die Polenküchen besucht, wo sie über das Essen nicht erbaut gewesen sind, trotzdem es keine Rationen gab. Unter dorfes Parteiblatt glaubt zudem noch, daß dieses Festessen nicht einmal Zufall war. — Es ist ein Siedlerbürgerliches sondergleichen, wenn man den fremden Geistern noch blauen Mund vorwirft.

### Zur Bekämpfung der Hungersnot.

Wilson erkannte Hoover zum Generaldirektor zur Bekämpfung der Hungersnot in Europa. Hoover hat unbeschränkte Vollmacht für den Transport, die Verteilung und Verwaltung der Lebensmittel.

### Eine kleinere Lebensmittelvorratshaltung.

Wie der Wirtschaftsminister in der sozialen Runde mitteilte, reichen die Lebensmittel Deutschlands zur

nach bis Mitte Mai, höchstens bis Ende Mai. In Sachsen wird das Brot von Mitte März ab mit 5 pt. Marktpreis gestreckt. Die ersten Bierverbandslieferungen in Gestalt von mehreren Tausend Kisten konnten sicherster Weise

### Der Schlechthandel im Wollgewebe.

Der Gesamtausschuß der Reichswirtschaftsstelle für Wolle, der sich aus den Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie, der Konfession, der Untergesellen und Arbeiterschaft zusammensetzt, hat als die maßgebende Vertretung des deutschen Wollgewerbes einstimmig beschlossen, die auf diesem Gebiet von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung geführte Wirtschaft zu übernehmen und fortzuführen. Die Reichswirtschaftsstelle für Wolle ist entschlossen, mit allen Mitteln rücksichtslos gegen den Schlechthandel vorzugehen. Es werden daher umfangreiche Revisionen sofort eingeleitet werden. Jeder, der gegen die Bekanntmachungen verstößt oder die Renten an der Ausübung ihrer Tätigkeit verhindert oder zu verhindern versucht, wird strafrechtlich verfolgt werden.

## Lohn erhöhungen und Lebenshaltung.

Bei der Heze gegen die Lohn erhöhungen, die sich die Arbeiterschaft in den letzten Monaten erkämpft hat, wird ganz außer acht gelassen, daß die Lohn erhöhungen nur eine Folge der in Lebenshaltung ist, es wird auch vergessen, daß die Arbeiterschaft während des Krieges unter ungünstigen Bedingungen hat leben müssen. Verschwiegen wird, daß niemand unter dem alten Regime dem Bucher ernsthaft zu Leidetüte. Die Arbeiterschaft war nicht in der Lage, sich Kleidung, Schuhwerk oder sonstwie dringend nötige Sachen zu kaufen. In den vier Kriegsjahren sind ihre Rente längst aufgebraucht, und die Arbeiterschaft und Schuhwerk haben müssen, sind genötigt, die Bucherpreise dafür aufzuwerben, die unter der alten Regierung so ins Kraut schossen. Ist es da zu verwundern, wenn sie, die während der Jahre um jede Lohn erhöhung, um jede bishöchste Leuerungszone mühselig kämpfen mußten, nun verschließen ihre Löhne mit der geleisteten Lebenshaltung einzermachen in Einstellung zu bringen? Übertriebene Lohnforderungen z. urteil der überwiegenden Teil der Arbeiterschaft. Wo ist aber eigentlich die Grenze zwischen berechtigten und übertriebenen Forderungen zu ziehen?

Die Lebensmittelpreise sind, wirtschaftlich nachgewiesen, um 160 Prozent gestiegen. Die Warenpreise sind in Deutschland seit Kriegsausbruch durchschnittlich um mindestens 300 Prozent gestiegen. Dahinter bleibt aber die Steigerung der Löhne weit zurück. Vielfach möchte sie bis zur Revolution nur 40 bis 50 Prozent aus, und erst seit der Revolution sind gräßere Lohnsteigerungen erfolgt, die im Durchschnitt aber schwerlich 100 Prozent überschreiten. Das alles wirkt von den Herrschern, die nun über die Lohnsteigerung der Arbeiterschaft zu Felde ziehen, unberücksichtigt gelassen. Es müssen aber einmal in aller Deutlichkeit machen, daß Deutschland wirtschaftlich so am Boden liegt und ganz die Profite vergessen, die sie und ihresgleichen aus der Arbeiterschaft herausgeschunden haben. Sei es nun, indem sie mit der Arbeiterschaft der Arbeiterschaft wucherten oder sich von ihr die Bucherpreise für Sitten und Trinken, Kleidung und Schuhe zahlten.

## Hungernde Schulkinder.

In der ersten Nummer der neuen sozialistisch-pädagogischen Zweiwochenzeitung „Die neue Erziehung“, die der Unterstaatssekretär M. H. Baede (Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin) herausgibt, lernen wir eine Darstellung eines Schulzuges über die Ernährungslage der heranwachsenden Kinder kennen, deren statistische Sachlichkeit um so erschütternder wirkt: „Die dringende Not der Zeit kommt vielleicht nirgends erschütternder zum allgemeinen Bewußtsein als in der Kindernot. Während vor dem Kriege im allgemeinen die Eltern ihren heranwachsenden Kindern möglichst alles zuwenden suchten und sich eher die eigne Kluft vom Leibe abdrücken, als ihre Kinder hungern ließen, hat die ungeliebte Kriegsernährungsnots dies von Jahr zu Jahr zunehmend nun mehr fast unmöglich gemacht. Dazu kam und kommt, daß gerade die für die wachsenden Kinder nötigen Dinge immer knapper wurden und schon seit geraumer Zeit fast gar nicht mehr vorhanden sind: Butter, Fett, Getreide, Hafer und vor allen Milch. Die Folgen unserer sich immer mehr verschärften Kriegsunterernährung treten jetzt erschreckend deutlich zu Tage. Hierzu zwei Stichproben meiner schulärztlichen Reihenuntersuchungen in der Industriestadt Chemnitz:“

Dezember 1918 – Dezember 1919

|                               |        |        |
|-------------------------------|--------|--------|
| 1. Knabenrollschule B-Schule: |        |        |
| Ungenügend ernährt . . . . .  | 11,2 % | 17,1 % |
| Blutarm . . . . .             | 36,5 % | 50,9 % |
| Tuberkulös . . . . .          | 2,8 %  | 6,3 %  |
| 2. A-Schule für Knaben:       |        |        |
| Ungenügend ernährt . . . . .  | 4,5 %  | 18,2 % |
| Blutarm . . . . .             | 33,7 % | 52,6 % |
| Tuberkulös . . . . .          | 2,5 %  | 4,6 %  |

Diese Zahlen reden eine furchtbare Sprache. Danach ist in beiden Schulen über die Hälfte aller Kinder außöllig bla und blutarm. Die ungenügend ernährten Kinder haben sich in der einen Schule, in der sie schon sowieso beträchtlich waren, um über die Hälfte vermehrt, in der anderen Schule, deren Kinder wie sich dem Künftigen sofort ergeben haben wird, von vorherer wirtschaftlich etwas besseren Kreisen stammen, sogar verpfeucht! Die Tuberkulose ist in beiden Schulen um das Doppelte häufiger festgestellt als noch vor zwei Jahren. Es kann gar keinen Zweifel unterliegen, daß die Mehrzahl unserer Großstadtkinder in der größten Gefahr steht, wenn nicht bald Hilfe erfolgt. Daß die Schulbildung dazu dort, wo sie noch nicht ausgebaut ist, zweckentsprechend gestaltet werden muß ist selbstverständlich. Freilich nicht so selbstverständlich ist die Beschaffung der dazu nötigen Lebensmittel.“

## Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 5. März.

Jugendausschuß. Wegen der am Freitag stattfindenden Sitzung der Bürgerschaftsfraktion muß die Sitzung des Jugendausschusses am Freitag bereits 6½ Uhr stattfinden,



## Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

### Bezirks - Versammlungen

für die Mitglieder der Warenabgabestellen:

#### Hüxtertor

am Mittwoch, dem 5. März, abends 7½ Uhr  
bei Herrn Gastwirt Ehlers, Hüxstr. 110.

#### St. Lorenz Süd

am Donnerstag, dem 6. März, abends 7½ Uhr  
in der Himmelsleiter, Margaretenstraße.

#### Vorwerk

am Donnerstag, dem 6. März, abends 7½ Uhr  
bei Herrn Gastwirt Fr. Leeke.

#### Seeretz

am Freitag, dem 7. März, abends 7 Uhr  
bei Herrn Gastwirt Emil Cordts.

#### Kronsforder Allee

am Freitag, dem 7. März, abends 7½ Uhr  
bei Herrn Gastw. Bahlmann, Geniner Str. 54.

#### Am Klosterhof

am Freitag, dem 7. März, abends 7½ Uhr  
in Adlershorst.

#### Schlutup

am Mittwoch, dem 5. März, abends 7½ Uhr  
im Gasthof „Zur Linde“.

#### Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Geschäftsbericht.
2. Wahlen zum Genossenschaftsrat.

Nachdem seit längerer Zeit die Bezirksversammlungen nicht haben stattfinden können, erwarten wir zahlreichen Besuch der Mitglieder und deren Frauen. (10081)

Der Vorstand.

### Achtung!

## Deutsch. Bauarbeiterverb.

Bezirksverein Lübeck.

### Mitglieder - Versammlung

am Donnerstag, dem 6. März 1919

abends 7½ Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannissstr. 50-52

#### Tagesordnung:

1. Soll der Tarif im Baugewerbe auf der alten Grundlage verlängert werden?
2. Wahl der Delegierten zur Gaulkonferenz.
3. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandsrat.
4. Unser Ortsstatut.
5. Verschiedenes.

N.B. Es ist Pflicht aller Kollegen im Hoch- und Tiefbau, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.



### Arbeiter-Zirkus Verein Schlutup.

Einladung zum

## 7. Stiftungs-Fest

am Sonnabend, dem 8. März

im Lokale Gasthof zur Post.

Anfang 6½ Uhr.

Ende 1 Uhr.

Alle Bundesvereine sind höchstens eingeladen.

Zum rege Beteiligung erachtet

Das Festkomitee.

### Großer Ball

am Donnerstag, dem 6. März  
im Friedrichskof

verbunden mit Kappentfest.

Anfang 6 Uhr. Ende 1 Uhr. Hierzu laden freundlich ein

Das Festkomitee.

### Adlershorst.

Donnerstag:

## Großer Ball.

Anfang 6 Uhr.

Ende 1½ Uhr.

Die Kollektivität ist eingeladen.

Das Festkomitee.

# Linoleumläufer

eingetroffen.

Rudolph

## Karstadt

Lübeck.

Komm.-Ges.

10056

## Brennholz

in Stöcken von 20 cm Länge zum Preise von  
6 Mark per Zentner frei Haus, sowie ab Lager  
Mühlenstraße 48, bieten an

**Piehl & Fehling**  
Kohlen-Abteilung. Mühlenstraße 48.  
10082 Fernsprechern 1033.

### Achtung Gastwirte!

Kollegen, welche Strafbefehle wegen Überschreitung der Polizeistunde erhalten haben, wollen wegen dieser unverzüglich gerichtliche Entscheidung beantragen und ihre Adresse beim Kollegen Böger, Fleischerstraße, mitteilen.

(10083) Der Arbeitsaufschub beider Wirtvereine.

## Hotel Lübecker Hof.

Bad Schwartau.

10044) Sonnabend, den 8. März:

## Gr. Volks-Maskerade.

## Un die Arbeitslosen!

Die Zahl der Arbeitslosen ist auch in unserer Stadt sehr erheblich. Das Land degegen erhebt immer dringlicher den Ruf nach Arbeitskräften und weist darauf hin, daß eine rechtzeitige und sorgsame Frühlingsbestellung, eine ausreichende Pflege der Saaten und eine reaktive Bergung der zu erwartenden Ernte nur möglich sein wird, wenn ausreichend arbeitswillige Kräfte zur Verfügung stehen. Die hier bevorstehenden, ungewöhnlich bedeutungsvollen Aufgaben erheben dringend eine alsbaldige befriedigende Lösung. Die Scheu vieler Arbeitsloser, Landarbeit zu übernehmen, muß überwunden werden. Auch die Landwirtschaft hat sich den Zeitverhältnissen angepaßt. Die Löhne sind überall wesentlich erhöht; auch die Unterhaltsverhältnisse sind an manchen Stellen bereits verbessert. Die Rechtsverhältnisse auf dem Lande haben durch die Aufhebung der Gefindeordnungen eine völlige Umgestaltung erfahren. Die Gründe, die bisher für viele der Aufnahme von Landarbeit entgegenstanden haben, sind somit beseitigt oder ganz wesentlich gemildert. Das Volkswohl auf der anderen Seite erfordert dringend, daß es der Landwirtschaft nicht an den erforderlichen Arbeitskräften fehlt.

Der öffentliche Arbeitsnachweis, Untertrave 104, ist in der Lage, geeignete Stellen nachzuweisen; er ist über die Arbeitsbedingungen genau unterrichtet. Es ist erwünscht, daß sich vorzugsweise Leute melden, die bereits auf dem Lande gearbeitet haben und mit Landarbeit vertraut sind, aber auch jede andere Kraft, die bereit ist zu helfen, ist willkommen.

**Arbeitslose**, es ist ein unerträglicher Zustand, daß in der Stadt dauernd Tausende feiern, und auf dem Lande Kräfte fehlen, die zur Sicherung der Volkernährung so dringend notwendig sind.

Arbeitslose, trage diesen Verhältnissen Rechnung und meldet Euch freiwillig zur Aufnahme landwirtschaftlicher Arbeit.

Meldungen werden im Öffentlichen Arbeitsnachweis im Hauptgebäude des Arbeitsamtes, Untertrave 104, Erdgeschloß, Zimmer 4, wertmäßig (außer Sonnabends) von 4—5 Uhr entgegengenommen.

Lübeck, den 1. März 1919. (10082)

Dr. Link,

Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung

und die Mitglieder des landwirtschaftlichen Ausschusses bei dem Demobilisierungskommissar:

Landmann Henk,

Landarbeiter Brede,

Geschäftsführer Peckelhoff

Fedder

als Arbeitgebervertreter.

als Arbeitnehmervertreter.

### Zur Beachtung!

Zus einem Schreiben des Staatskommissars des Reichsnährungsministeriums:

„Ich habe die in Frage kommenden bewirtschaftenden Reichsstellen, nämlich die Reichsgärtnerei, die Reichskartoffelstelle, die Reichsstelle für Bier und Fleisch und die Reichsstelle für Speisefette, angewiesen und ermächtigt, Arbeiter, die in landwirtschaftlichen Selbstversorgerbetrieben Arbeit nehmen und nach den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen noch keinen Anspruch auf die Nation der Selbstversorger haben, künftig für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses als Selbstversorger zu behandeln und hiernach das Weiterre zu veranlassen.“

## Aufruf

der

## Anwerbungsstelle Baltenland.

Russisch-bolschewistische Banden dringen ins Baltenland und gegen unsere Heimat vor. Der Generalbevollmächtigte des Deutschen Reiches für die baltischen Lande, August Winning, stellt daher zusammen mit dem Kriegsministerium

### Freiwilligenverbände

auf.

Da diese nur in baltischen Landen verwandt werden, sind die Bedingungen besonders anstrengend. Bei mobiler Böhrung, Reichs- und Landeszulagen, sowie Kreuzprämien, welche für jeden Mann zusammen

monatlich mindestens 330.— Mark

betrugen, besteht die Möglichkeit der Ansiedlung auf eigenem Boden und Gründung einer Existenz in den baltischen Landen.

Familienunterstützungen werden weitergezahlt. Monatliche Rundigungsfrist wie bei den Grenzschutzkorps. Meldungen werden entgegengenommen, alle Einzelheiten sind zu erfragen im Werbebüro:

Lübeck, Breite Straße 36, part.

Die Reichsregierung.

S. A.: August Winning.

Generalbevollmächtigter des Deutschen Reiches für die baltischen Lande. (10083)

Kastenblockwagen  
besonders stark, billig.  
Beckergasse 5 II.

Kegelklub Gut Holz, Kücknitz  
Sonnabend, den 8. März 1919.

Gr. Masken-Ba

verbunden mit  
Kappentest für Zuschauer

im Lokale des Herrn Dieckelma

in Kücknitz.

Löcknitz, 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Herren 2 Mt., Damen 1 Mt.

Maskenkostüme und Kappen si

im Lokale zu holen. (10084)

Die zwei schönsten Damen-

Herren-Masken erhalten je einen Preis.

Das Komitee

Masken-Ba

der

Falkenburger Liedertafel

am Sonnabend, d. 8. Ma

im Lokale des Herrn L. Paet

Falkenburg.

Eintritt für Herren 2 Mt.,

eine Dame frei.

Masken 1 Mt.

Anfang des Balles 7 Uhr.

Gassenöffnung 6½ Uhr.

Maskenzug um 8 Uhr.

Hierzu lädt freundlich ei

10070) Der Vorstand

Das Komitee

Masken-Ba

Operette v. Harry Hauptman

Freitag: (10085)

Tanzabend Gertrud Falk

Sonnabend:

Gastspiel Trude Steinlage

Die lustige Witwe

10071)

Stadttheater Lübeck

Spielzeit 1918/19.

10072)

Mittwoch, den 5. März

20. Vorstellung im Mittwoch

Abonnement.

Waldfrieden.

Erster Klasse

Medaille.

von Ludwig Thoma.

Donnerstag, den 6. März

für die Schauspielgemeinde

Rote Karten.

Zwischenspiel

Freitag, den 7. März:

Violetta (La Traviata)

Sonnabend, den 8. März

## Richtlinien für die Wahlen zum Rätekongress.

Die vom Zentralrat herausgegebenen Richtlinien für die Wahlen zum zweiten Rätekongress haben folgenden Wortlaut:

1. Der zweite Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte soll eine Zusammensetzung der Interessen der deutschen Arbeiter, Soldaten und Bauern ermöglichen. Hierzu ausgehend soll sich der Kongress aus Delegierten zusammensetzen, die gemäß den nachstehenden Richtlinien gewählt sind.

2. Um den Zweck des Kongresses zu erreichen, ist es erforderlich, dass die Arbeiter- (auch Landarbeiter-), Soldaten- und Bauernräte neu gewählt werden. Eine Neuwahl kann unterbleiben, wenn die zur Zeit bestehenden Arbeiter- und Bauernräte im wesentlichen im Sinne der nachstehenden Richtlinien zusammengesetzt sind und Einspruch gegen die Unterlassung der Neuwahl seitens der zuständigen Parteiorganisationen nicht erfolgt. Die Neuwahlen müssen bis zum 16. März d. J. erfolgt sein. Sie finden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt. Als Wahlbezirk gilt die Gemeinde (Stadt, Bürgermeisterei, Amtsbezirk, Gutsbezirk). Benachbarte Gemeinden können sich zu einem Wahlbezirk vereinigen. Den örtlichen Organisationen wird empfohlen, zur ordnungsgemäßen Durchführung der Wahlen die Hilfe der Gemeindebehörden in Anspruch zu nehmen.

Die Wahlberechtigung mit weniger als 10 000 Einwohnern kann die Wohl in Wahlversammlungen stattfinden. In diesem Falle legitimiert sich der Wahlberechtigte durch seine Anwesenheit.

3. Wahlberechtigt und wählbar zu den Arbeiterräten sind alle Personen beiderlei Geschlechts, die das 20. Lebensjahr erreicht haben und gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind, sofern das Jahreseinkommen den Betrag von 10 000 M. nicht übersteigt.

Als Wahlausweis gilt eine vom Arbeitgeber ausgestellte Rechnung über Beschäftigung und Lohn- bzw. Gehalts Höhe. Arbeitlose Wahlberechtigte weisen sich durch Vorlage der Arbeitslosenkarte aus.

4. In Orten mit überwiegend Landwirtschaft lebender Bevölkerung sollen neben den Arbeiterräten bezw. Landarbeiterräten eine entsprechende Anzahl Bauernräte gewählt werden. Die Wahl erfolgt in derselben Weise wie zu den Arbeiterräten. Wahlberechtigt und wählbar sind alle über 20 Jahre alten Personen die einen landwirtschaftlichen Betrieb zu eignen oder in Pacht haben, und die im Betriebe beschäftigten über 20 Jahre alten Familienangehörigen.

5. Alle weiteren Einzelheiten des Wahlverfahrens, insbesondere die Festsetzung der Zahl der Arbeiter- und Bauernräte bleibt den einzelnen Wahlbezirken überlassen.

6. Die Delegierten zum zweiten Rätekongress sind bis zum 21. März d. J. auf den für die Wahlkreise einzuherrschenden Konferenzen der Arbeiter- und Bauernräte nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen. Die Einladungen zur Konferenzversammlung erfolgen von den Arbeiter- und Bauernrätszentralen des Wahlkreises.

Die Anzahl der auf die einzelnen auf der Konferenz vertretenen Arbeiter- und Bauernräte entfallenden Stimmen richtet sich nach der Einwohnerzahl. Auf je 5000 Einwohner entfällt eine Stimme. Wahlbezirke mit weniger als 5000 Einwohnern haben ebenfalls eine Stimme.

Es werden folgende Wahlkreise gebildet: für jeden Wahlkreis sind Delegierte zu wählen:

(Wahlzettel wird noch veröffentlicht.)

Bei dieser Verteilung ist darauf Rücksicht genommen, dass auf je 250 000 Einwohner ein Kongressdelegierter entfällt.

Über die Wahl der Delegierten ist ein von der Konferenzleitung unterschriebenes Wahlprotokoll anzufertigen. Den Delegierten zum Rätekongress ist ein auf den Inhaber lautendes Mandat auszustellen, welches von mindestens zwei der Unterzeichneten des Wahlprotokolls unterschrieben sein muss.

7. Bei allen Truppenteilen, bei denen die bestehenden Soldatenräte nicht gemäß dem Erlass des U.-B.-Bl. vom 19. Januar 1919 gewählt worden sind oder bei denen überhaupt noch keine Soldatenräte bestehen, hat bis zum 16. März 1919 eine Neuwahl auf der in diesem Erlass vorgegebenen Grundlage zu erfolgen.

Auf die Soldatenräte eines jeden Armeekorps entfällt ein Kongressdelegierter. Die Wahl findet in Versammlungen der Soldatenräte der einzelnen Armeekorps statt. Außerdem wählen die Marinestationen Ossore und Nordsee je einen Vertreter, ebenso die Ostfront.

Eine Einladung an den Reichsausschuss der Arbeiterräte Österreichs und den Reichsausschuss der Soldatenräte Österreichs ist ebenfalls ergangen.

## Der Parteitag der Unabhängigen.

Im Anschluss an das Referat Dittmanns über die Organisation der Partei waren über 30 Redner eingetragen. Die Redner brachten verschiedene Wünsche der einzelnen Kreis- und Ortsorganisationen zum Ausdruck. Das Verhalten der Parteileitung in der Organisationsfrage wurde vielfach angegriffen. Es kam auch der Wunsch zum Ausdruck, dass die Zentralleitung schon mit Herzogenrath an den Parteitag hätte herantreten sollen.

Als dringend notwendig wurde bezeichnet, die Gründung eines Pressebüros und eines Büros für parlamentarische Berichterstattung, somit die Gründung einer Filmzentrale zu propagandazwecken.

Wegen des Eintritts in die Regierung wird die Zentralleitung der Partei von verschiedenen Seiten kritisch angegriffen. Ein Redner drückte seine Bewunderung darüber aus, dass die Parteileitung gehofft habe, durch den Eintritt in die Regierung die Rechtssozialisten vorwärts treiben zu können. Dieser Optimismus sei jedoch sträflich. Auch den Eintritt in den Zentralrat habe man ablehnen müssen. Die neu gewählten Gemeindevertreter müssen mit Material versorgt werden, wenn man nicht will, dass die „unruhigsten“ Beschlüsse gefasst würden.

Frau Zieck verwarf in ihrem Schlusswort den von Leipziger aufgeworfenen Gedanken, eine Studienkommission nach Russland zu senden. Bei dem Eintritt von Bettelheim in die Regierung habe sie den guten Glauben gehabt, dass es gelingen werde, die Rechtssozialisten vorwärts zu treiben. Über die Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Parteien siehe die Herausgabe einer Schrift aus der Feder Dittmanns bevor, die die Schwierigkeiten dieses Zusammensetzens aufzeigt werden.

Dittmann führte in seinem Schlussworte u. a. aus: Einer der Gründe, weshalb die Zentralleitung nicht mehr geleistet habe, sei der, dass sie zu sehr mit den Dummheiten des Berliner zu tun hatte. (Rufe: „Auerhörl!“) Des Jagen Sie im Schlusswort. Ist das Ihre Zuständigkeit?“ Dittmann ging nachher auf die Zeit ein, in der die Unabhängigen der Regierung angehörteten. Wir haben in jeder Beziehung unsere Pflicht getan. Es ist außerordentlich bedauerlich, dass uns die Genossen in der damaligen kritischen Zeit nicht besser unterstützt haben, das sie es vielmehr für opportun hielten, uns den politischen Boden unter den Füßen wegzuziehen. Hätten wir unabhängigen Volksbeamten die Genossen auf unserer Seite gehabt, so wären am 28. Dezember nicht wir, sondern die Scheidemann-Ebert-Landsberg aus der Regierung ausgetreten. Wir hätten es dann in der Hand gehabt, die Dinge nach unserem Willen zu gestalten. Ein großer Fehler ist es auch gewesen, dass unsere Parteigenossen es ablehnt haben, in den Zentralrat einzutreten. Diese Abstinenzpolitik hat viel Unheil verschuldet. Als ihm der Name Liebknecht zugeschenkt wurde, stellte Dittmann fest, dass Liebknecht bereit gewesen sei, in die Regierung einzutreten. Es habe der größten Anstrengungen von Liebknechts ehemaligen Parteifreunden bedurft, um ihn von diesem Entschluss abzuhalten.

Er kommt dann zu persönlichen Bemerkungen zwischen Adolf Hoffmann und Dittmann. Adolf Hoffmann warf Dittmann vor, er habe die Berliner gegen die Provinz ausgespielt, um sich die Stimmen der Provinzdelegierten bei seiner Wahl in den Parteidank zu ergattern. Dittmann erwidert sehr gereizt, er sei ein

die Wahl in den Parteidank nicht angewiesen und habe keine Veranlassung, irgend etwas zurückzunehmen. Adolf Hoffmann entgegnet, die Taktik Dittmanns, so schwere Vorwürfe im Schlusswort vorzubringen, mache man nicht einmal in negativen Verhandlungen an.

Es wird sodann eine Reihe von Anträgen einstimmig angenommen, die bestimmen, dass die Mitglieder U. S. P. nicht gleichzeitig der Organisation anderer politischer Parteien angehören dürfen und dass der Mindestbeitrag auf 60 für männliche und auf 30 für weibliche Mitglieder pro Monat festgesetzt wird. Der Parteidank erwartet jedoch, dass in wirtschaftlich leistungsfähigen Bezirken höhere Beiträge erhoben werden.

Die Nachmittagssitzung wurde zum großen Teile ausgefüllt von einem Referate Haases über das Programm und die Taktik der Partei. Die Tendenz seiner Rede ging dahin, scharf gegen die sozialdemokratische Partei Stellung zu nehmen, aber auch nach links hin feiner Konzessionen zu machen. Mit diesem Nachdruck erklärte es Haase für verfehlt, dass eine Minderheit einer Mehrheit den Generalstreik aufzurollen wolle. Er protestierte weiter dem Beifall des Parteidankes dagegen, dass die Arbeiterspartei unter dem Bogen der Kommunisten und Spartakisten steht, heute in der „Roten Fahne“ zum Generalstreik aufzutreten. Seine programmatischen Forderungen formulierte er in dieser Weise:

„So, meine liebe Frau Nieritz,“ sagte sie, unauffällig noch dem Puls der Leidenden greifend, dabei aber auch leicht über dessen Unregelmäßigkeiten erfreut, „jetzt plaudern wir und Sie sagten mir Ihr Herz aus, rückhaltlos, vertrauensvoll, wie eine gute Freundin der andern. Das ich nicht aus Angst komme, wissen Sie. Ihrer eigenen Wahl nur folge ich, bereit, Ihr Leid gans zu vertilgen und nach Menschenmöglichkeit zu lindern.“

Und Frau Nieritz erzählte: — In Wien war es gewesen, wo sie als geborene Tochter Bleibacher einst geliebt hatte, heilig und ehlich, mit dem ältesten Bruder einer kaum zu vollkommenen Bewußtsein erwachten Mädchenseele. Sie hatte es schwer als eine von Verwandten aus sogenanntem Mitleid aufgenommene Tochter und farg bezügliche Anfangsgefühle einer Familiengenossin, in der er seit einem halben Jahr als eingeschlossener Gast schon lebte, da sie kam. Mit den glühendsten Verhüllungen und Versteckungen hatte er sich ihr geöffnet, sie umwerben und schließlich verführt. Ihr kleines Gespärnis war über die Schreden der Entbindung, zu der auch der männliche Mithilfsliebhaber etwas beisteuerte, bald verzehrt. Es kam die Not, die Lotte Bleibacher mehrfach bis an den Rand der Verzweiflung trieb, besonders als Bertha, ihres herzigen Kindes Vater, nachdem er zwei Monate wieder „etwas“ für die Kleine beigebracht hatte, es für recht befand, vollständig aus dem Gesichtskreis seiner Verführten zu verschwinden.

„Und er hat auch nie wieder etwas von sich hören lassen?“

„Ne, obgleich ich in der ersten Zeit, als ich zufällig wieder von seinem Aufenthalte erfuhr, zweimal an ihn schrieb.“

„Später nicht wieder?“

„Nein. Ich stand durch rasloses Suchen mein Brod als Brotbackerin in einer Geburt, der Nieritz nahm mich, trotz Vorhabeins des Vaters. Was aber dann kam, die Sorge um mein Kind, das man es tot behandelte, stieß und schlug, während sein Vater,“ — Frau Nieritz schluchzte bestürzt — „sein liebstes Kind.“

„Was war inzwischen mit ihm geschehen?“

„O, ich sah ihn, hier in diesen Mauern sah ich ihn.“

„Hier?“

„Während schon die Angst um Vater mich, die Mutter seines Kindes, von Tür zu Tür, schrecklich in purer Verzweiflung auch die Thüre, gnädiges Fraulein, trieb.“

1. Vollige Auflösung des alten Heeres. Sofortige Auflösung des durch Freiwilligentörns gebildeten Söldnerheeres. Errichtung einer Volkswacht aus Personen, die mindestens 24 Jahre alt und seit mindestens einem Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert sind. Wahl der Offiziere nur überwacht durch die Mannschaft. Wahl von Sachverständigen für die Überwachung der Verwaltung. Regelung der Beihandlungen. Überwachung der Ausbildung, Versorgung, Kleidung, Wohnung, Unterbringung, der Bewaffnung, des Sanitätswesens. Das Ziel ist die allgemeine Streitkraft.

2. Ausbau des Systems der Arbeiterräte und seiner Verantwortung in der Verwaltung. Wahl der Arbeiterräte als Vertreter der werktätigen Bevölkerung nach demokratischen Grundsätzen. Periodisches Zusammentreffen von Delegierten der Arbeiterräte Deutschlands in einem Konzert. Mitwirkung der Arbeiterräte bei der Staats- und Selbstverwaltung Kontrolle der Behörden. Das Recht, Gewage vorzuholen und vor der geistigen Versammlung geschlossene Geheime abzuhören. Im Falle der Abschaffung entscheidet endgültig eine Volksabstimmung. Mitwirkung der Arbeiterräte bei der Betriebsführern und bei der Durchführung der Betriebsverfassung der Produktionsmittel.

3. Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmen, in ihnen in Augiss zu nehmen in erster Linie auf dem Gebiete des Verbrauchs und der Erzeugung. Mühle, Wasserwerk, Gleislinie, den konkurrierenden Eisen- und Stahlproduktion sowie anderer hochwertiger Betriebsmittel. Großgrundbesitz und große Hersteller sind in sozialistische Eigentum überzuführen. Die Großstadt hat die Pflicht, die neueren landwirtschaftlichen Betriebe durch Betriebsförderung aller technischen und wissenschaftlichen Hilfsmittel sowie Förderung der Dienstleistungen zu bringen.

4. Einführung eines öffentlichen Monopols für Transport und Uebertragung an die Kriminalverbände.

5. Die den Kriegserwirten, Kriegs- und Verletzten gemachten Versprechungen sind in vollem Umfang zu erfüllen. Den Wohnungsbefreiungen sind überflüssige Feste der Bestehenden zur Nutzung zu überlassen.

6. Der während des Krieges geschaffene Vermögenszuwachs ist voll wiedergutzumachen. Von allen anderen Vermögen ist ein Teil an den Staat abzuführen. Im Falle sind die Zugaben durchausweise steigende Vermögensaufschluss zu fordern und die Gewerkschaften zu diesem.

7. Trennung von Staat und Kirche und Trennung von Kirche und Familie. Öffentliche Einheitskirche mit weltlichem Charakter, die nach sozialistischen Maßstäben zusammengefasst ist. Kirchlich jedem Kind ist die seinen Konfession entsprechende Ausbildung und Bereitstellung hierzu erforderlichen Mittel.

8. Wahl aller Behörden auf dem Prinzip des Wohl.

9. Herstellung freundlicher Beziehungen zu allen Nationen. Freiwillige Annahme der diplomatischen Beziehungen zur russischen Sowjetrepublik und zu Polen. Wiederherstellung der Arbeitersinternationale auf dem Boden einer grundlegenden Politik.

## Die Revolution und der gemeinsame Gesundheitsschutz der Industriearbeiter.

Das Auftreten der Arbeitersinternationale schaffte neue Sozialprobleme und Sozialrechte, die voraussetzen die alte Herrschaft aufzugeben oder beseitigen müssen. Die Rechte der Unternehmer der alten Gesellschaft, wie die unbegrenzte Nutzung des Arbeitersitzes, Konsolidation der Arbeit durch die Klasse, Erwerbung zu verschwören oder zu unterbinden und die freie Verfügung über Leben und Gesundheit der Bevölkerung in ihren sozialen Bereichen werden durch die evolutionäre Entwicklung abweichen und möglichlich durch die organisierte Macht der Arbeit vorständig eingerichtet. Und wie uns die Vergangenheit der letzten Monate untrüglich gezeigt haben, hat jetzt die Entwicklung die Grundlage zu einer revolutionären Umwaltung der alten Machtverhältnisse gegeben, die bei aller Widerstand an Hindernissen auch dazu angean sein konnte, dass jetzt sehr fortgeschrittenen Regierungsmänner sie nicht verhindern und beateilen können. — Was durch die Evolution ist im Laufe von Jahren und oft nach schweren Kämpfen erreicht worden ist, erzwingt die explosive Kraft der Revolution in wenigen Tagen. Die große Streitwelle, die jetzt alle am Kriege beteiligten Staaten und vielleicht noch darüber hinaus durchsetzt, in die treibhausmäßige Frucht einer

Hier in diesen Mauern haben Sie ihn? Plötzlich, unerwartet?“

„Gänzlich unerwartet.“

„Desters?“

„Nein, nur einmal. Aber übermäßig, in lachender Gesellschaft, selbst lachend.“

Aber jetzt einmal den Namen Ihres Ungetreuen, Frau Nieritz. Sie vergessen ihn noch gänzlich.“

Von einem neben ihrem Lager liegenden Tischchen nahm Frau Nieritz ein Käfer, das sie öffnete und eine Photographie herausnahm. Zunächst auf die Rückseite des Bildes weisend, reichte sie es Daniela, die eine darauf geschriebene Widmung „Seiner heiligsten Liebe“ und die Unterschrift „Hans N.“ überleg. Im Bild hatte sie auch schon das Konterfei der Vorderseite der Augen. Ihr Antlitz entfärbte sich, sie griff nach dem Knopf am Bettlaken der Frau Nieritz, um sie aufzutrennen.

16.

Montag April und fast auch schon der ganze Mai des laufenden Jahres gehören bereits der Vergangenheit an.

Noch immer ging Willi Cornelius zur kleinen Rohland, um von ihr überhört, diejenigen Rollen durchzugehen, die sein fünfzigiges Repertoire bilden sollten. Noch immer war er dabei, um vorwisch mit seiner Korrepetitorin zu reden, außerordentlich anständig geblieben, fast, wie es die kleine Tänzerin bedurfte, übertrieben anständig.

Immer hielt er sich in der schlagsvollen Entfernung von ihr und verhinderte jede körperliche Berührung, ausgenommen natürlich die des Handgebens beim Kommen und Gehen.

Sie waren doch nun ganz gute Kameraden geworden. Wie oft hätte da im Berufe des Memoriers, im Aufzug der abzuhörenden Rollen der Antak aufgegelegen, hier und da mal etwas näher an sie heranzurücken, aber Gott bewahrte — das verhinderte er peinlich, genau so, wie Hasan es nach und nach peinlich empfand, ihre unmittelbare Nähe so gefestigtlich vor ihm gemieden zu sehen.

Ob sie ihm denn zuwider, körperlich unangenehm war, das er sich so ansstellte? Dafür brauchte sie sich wahrlich nicht zu prüfen, jedesmal jüngstig zu feiern, wenn er kam.

Jüngst hatte sie die ursprünglichen Vorsichtsmaßregeln gegenwärtige Kümmernisse des jungen Mannes, das Husten und Räuspern ihrer Mutter in der Nebenstube, das gelegentliche Durchgehen des Dienstmädchen durch ihr Studierzimmer, als überflüssig abgestellt, denn: der und zwinglich. — Da lieber Gott! Eher müsste er ja diese Eigenheit von ihr empfinden, wenn sie zuweilen noch der Sünde seinen Schleps, der sich bei der Lebhaftigkeit der Bewegungen verhoben hatte, wieder in den rüttigen Sitz brachte.

## Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendl.

32. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Macht er,“ bestätigte der Pantomimist mit dem Brustton der Überzeugung. „Tu is bloß noch een Hasen bei die Sache, Fräulein, der mir fürt.“

„O, der wäre?“

„Meine Vorstellung in Frankfurt, die jewünscht wird, für die mir über die Reise fühlte fehlt, Fräulein Herzog. Zwanzig M. Wie machen w' det?“

Daniela war überrascht. Das bedeutete doch ein Gruschen an sie.

Die Kühnheit einer Szenenführung, wie dieser Pantomimist sie liebte, hätte einem gewieften Dramatiker zur Ehre gereicht.

Erst schob er ihr fast gewaltsam ein Verdienst um sich in die Schuhe, das sie weder hatte noch beansprucht, dann rief er gar noch ihre peinliche Hilfe an, um dies nicht bestehende Verdienst für sich nutzbar zu machen. Großartig!

Schätzung der Volksmassen über die Vorenhaltung politischer Rechte, mit der Folge materieller Entbehrungen. Aus dieser Seelenstimmung heraus entwickeln sich diese Moräthe. Revolutionen äußern sich nicht nach volkströmiger oder konservativer Grundlage; hier gehen die Menschen zweier Kreisen zusammen. Da es die öffentliche Wahrnehmung, doch den sogenannten Führern ist die Bewegung über die Köpfe wächst; sie setzen nur noch in den leidenden Fällen oder sofern sie, und werden so manche mangelhaft einer solchen Bewegung einen Krieg führen, wird, wie zu seien, erst dann kommen, wenn die Kraft droht abzusinken. Aber auch dann wird die Kraft eingesetzt ausgetragen werden müssen: Ob das ganze Werk der sozialen Erfolge erreicht sei, wobei dann zuletzt freuen mich, dass durch Anstrengung und Auswendung breite Gewissensspur kommt durch einseitige Wahrnehmung materieller Interessen, die Sorgfalt wichtiger Sozialrechte verhindert wurde. Von allen ist hier in den gewerblichen Schutz von Leben und Gesundheit mit der Rechtsförderung zu erinnern, doch bei diesem Anlaß in erster Linie die Arbeit mitzutun haben. Um hier Krieg, überflüssige und zuverlässige Verhältnisse zu schaffen, ist doch eine kündliche Reform der ganzen Gewerbeaufsicht zu fordern, wobei dann die Arbeitkontrolle als amtliche Organe zu fordern sind und für die einzelnen Betriebsgruppen in Tätigkeit treten.

Nicht unbedingt zu lassende Teilerfolge sind hier schon zu verzeichnen. Einzelne Bundesstaaten haben schon in den Jahren vor dem Kriege und vor der Revolution einige Konzeptionen gemacht, die die Anstellung von Fabrikarbeiterinnen zu Gewerbe-Ausübungskontrollen in Preußen. Hierbei darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Anstellung dieser Gruppenträger in den einzelnen Bundesstaaten ganz besonders durch den Mangel an Gewerbe-Ausübungskontrollen infolge des Krieges mit sich verursacht ist. So schafft am Schluss des Krieges durch den Waffenstillstand in Brüssel 81 Beurteilung — das sind 25 Prozent. Auch die beschäftigte Meldung der Sicherheitskommission im Personenbuch die Wahrnehmung des Personals von 1905 wird seit Juli 1909 der nicht "beamte" Arbeitkontrolle auch in Preußen angeknüpft. Diese Meldung der Arbeiter ist in Sachsen, Bayern und Preußen eine obligatorische Einrichtung. Auf die Anstellung von Gewerbe-Ausübungskontrollen haben die Arbeitnehmer oder deren Einfluß; das Vertrauen der letzteren soll auf einem anderen Wege erreicht werden. Anders jedoch beim Bauwesen! Hier haben die polizeilichen Behörden das Recht, unmittelbar und unbehindert die Sicherheitskommission aus dem Kreis der bestellten Beamten zu rufen, welche mindestens 30 Jahre alt und mindestens 5 Jahre als Polizei beschäftigt sind. Der Sicherheitsmann kann nur den Betrieb, wo er bestellt ist, kontrollieren. Wie vorausgesagt, kann sich dieses System auf die Dauer nicht bewähren. Leute, die in letzter Linie von der Grubenverwaltung wirtschaftlich abhängig sind, lassen bei einer gewissen Kontrolle im allgemeinen, auf das Streckennetz zurück, zu prüfen. Wie bekannt, sind in den süddeutschen Bundesstaaten seit Anfang des Jahres 1906 Arbeitkontrolle für das Baumeister eingeführt. Die Gemeinden und Landkreise verwaltsrechtlich gehalten hier das bestellte Recht, um zwangsläufig freiem Gewerbe keine Trümmerei einzustellen. Gewählt haben die Arbeiter diese Leute nicht, aber man hat sich immer bemüht, die geeigneten Personen aus den Kreisen der Gewerbeleute zu entnehmen. Diese Arbeitkontrolle haben durch ihren sachlichen Fleiß den Zweck erfüllt, doch der Arbeiter sieht in ihr in einer

unparteiischen Wahrnehmung der Geschäfte der Gewerbeaufsicht eignet und den vorgelegten Aussichtsbeamten ganz zuverlässig unterstützen kann. Das hat zur Folge gehabt, daß die preußische Regierung sich erstmal für das Baugewerbe den Forderungen der Arbeiter nicht entziehen konnte.

Durch einen Rundschluß des Staatskommissars für Wohnungswesen in Preußen vom 13. Dezember 1918 sind die Regierungsräte erneut aufgefordert, sofort dafür zu sorgen, daß bei dem Wiedereintritt der Bautätigkeiten zur Wahrnehmung des Arbeitsschutzes bei den in Frage kommenden Behörden Bauarbeiterkontrollen gegen Gehalt oder Lohn eingestellt werden. Als Voraussetzung gilt dabei, daß der betreffende Arbeiter eine Lehrlingszeit durchgemacht und mindestens 5 Jahre auf Bauten praktisch gearbeitet hat. In diesem Rundschluß ist das Obligatorium in der Anstellung von Bauarbeiterkontrollen festgestellt; von freiem Gewerbe ist hier nicht mehr die Rede. Bei dieser Anstellung sind Arbeitsbeschädigte zu bevorzugen und im Übrigen die Gewerbeleute zu fören und allgemein ihre Vorschläge zu berücksichtigen. Danach kann jetzt die "außerordentliche" Überwachung der Bauausführung nach dem Ministerialerlass vom 22. März 1910 jetzt vollständig durchgeführt werden. Logisch so, und das muß erreicht werden, sollen auch Industriebetriebe nicht nur eine oder zweimal im Jahr, sondern je nach dem Grade der Geschäftlichkeit im erforderlichen Maße sogar monatlich oder wöchentlich revidiert werden. Von Interesse ist auch die einleitende Begründung des Staatskommissars zu dem Rundschluß vom 13. Dezember 1918, worin gesagt wird: „Es gilt mit allen Kräften darauf hinzuweisen, daß den zahlreichen Menschenverlusten und körperlichen Beschädigungen, die der Krieg mit sich gebracht hat, nicht neue Unfälle hinzugesetzt werden. Diese auf eine Mindestzahl zu begrenzen, muß das Ziel jeder für die Sicherheit auf Bauten verantwortlichen Behörde sein.“ Das, was hier zum Ausdruck gestellt wird, wird auch für den dringend benötigten Schutz der Industriearbeiter Geltung haben müssen. Jedoch hierzu einige Zahlen aus der amtlichen Statistik vor dem Anfang des Krieges vom Jahre 1913, also von den sogenannten „Normalverhältnissen des Arbeiterschutzes“.

Ohne auf die Unglücksbelastung der Industriearbeiter durch gewerbliche Erkrankungen wie Tuberkulose, Rheumatismus, Verätzungen durch Gas und Dämpfe und anderer Art der Leiden hier einzugehen, waren im Jahre 1913 bei der Unfallversicherung (ohne Landwirtschaft) 649 896 Unfälle zu verzeichnen, wovon 81 482 mit 74% tödlich Verletzten entstellt werden mussten. Von diesen Unfällen entfallen 79 421 mit 13 579 entstädigten Verletzten auf die 13 Bergwerks-Berufsgenossenschaften. Während hatten die übrigen 55 gewerblichen Berufsgenossenschaften mit den staatlichen und kommunalen Ausführungsbehörden 570 465 Unfälle; von diesen waren 67 903 mit 6742 tödlich Verletzten zu entstädigen. Die größte Unfallbelastung, die durchschnittlich weit über die des Bergbaus liegt (mit 62 022 Unfällen und 10 600 entstädigten Verletzten auf 1000 Arbeitnehmer), hinausgeht, hat die Knapschafts-, Steinbruchs-, Müllerei-, Porzellan-, Holzindustrie-Hütten- und Walzmehl-Berufsgenossenschaft. Im weiteren die Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften, sowie einige Betriebsgruppen der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie. Außerdem vom Transportgewerbe, die Feinmechanik- und die Schiffbau-Berufsgenossenschaften. Die Leistung dieser ungeheuren Massenversicherung wird zu einem nicht geringen Teile auf den Krieg einer hinreichenden antisozialen und herrenschaftlichen

Gewerbeaufsicht zurückzuführen sein. In dem letzten Friedensjahr 1913 sind in Deutschland bei der staatlichen Gewerbeaufsicht (Gewerbeinspektion) 509 und bei der Vergaufführung 121 Personen beschäftigt gewesen; davon bei der ersten Aufsicht 48 Männer und 18 männliche Personen aus der Arbeiterklasse mit. Diese „Arbeiterkontrolle“ kommt nur für Sachsen und die südlichen Bundesstaaten in Frage. Außerdem wären noch eine nicht geringe Zahl von Beamten in Rechnung zu stellen, die in einem begrenzten Rahmen auch für den Arbeitsschutz bei Bauten tätig waren. Nach dem amtlichen Ausweis sind durch die Gewerbeaufsicht 1913 von 324 523 Betrieben mit 7 386 171 Arbeitern 181 707 Betriebe mit 6 221 642 Arbeitern revidiert worden; das sind rund 36 Proz.

Noch unbestimmt zeigt sich in demselben Jahre der technische Aufsichtsdienst bei den unfallverhinderungsfähigen Betrieben, wo mit Ausnahme der Bergwerks-Berufsgenossenschaften die prozentuale Zahl der Revisionen noch geringer ist. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften hatten im Jahre 1913 386 technische Aufsichtsbeamte, wobei die Baugewerks-Berufsgenossenschaften mit 133 beteiligt sind. Von diesen Beamten werden 298 auch noch als Rechnungsbeamte beschäftigt. Das durch die Revisionen bestimmte gegebene Tafelmaterial gewährt einen Einblick in die Zustände bei den gewerblichen Betrieben und muß für den weiteren Ausbau des Arbeitsschutzes und der gewerblichen Aufsicht überzeugend wirken. Nach dem Bericht des Reichsversicherungsamts für 1913 haben 63 gewerbliche Berufsgenossenschaften 63 480 Revisionsstage nachgewiesen; davon 46 507 Tage auf Betriebsbesichtigungen, 8018 auf Lohnbuchprüfungen und 895 auf die Kontrolle der Rentenempfänger sowie auf andere Dienstgeschäfte entfallen. Bei den 13 Baugewerks-Berufsgenossenschaften sind insgesamt in den 104 621 als „revisionsbedürftig“ nachgewiesenen Betrieben 246 808 Revisionen ausgeführt worden. Dagegen sind bei den übrigen gewerblichen Berufsgenossenschaften von 571 690 als vorhanden nachgewiesenen Betrieben — 97 666 — als revidiert angegeben. Vor allem ist zu konstatieren, daß die Zahl der aufsichtsfähigen Personen bei der Gewerbeaufsicht und den Berufsgenossenschaften viel zu gering ist und durch den Krieg noch beträchtlich reduziert wurde. Dabei liegen die Dinge ganz offen. Das sich hier zeigende Manövren kann durch gesetzliche Anstellung von Arbeitkontrollen leicht ausgleichen werden. Schon seit dem Jahre 1911 werden die Berufsgenossenschaften durch die Reichsversicherungsordnung (§ 875) dazu eingewiesen. Wenn über veranlaßt durch den alten Herrndünkel die Berufsgenossenschaften sich weiter weigern sollten, dem nachzugeben, dann müssen überhaupt die Wahrnehmung der Unfallverhütung abgenommen werden; die dann der staatlichen Gewerbeaufsicht (§ 130 der Gewerbe-Ordnung) angegliedert werden kann.

Durch die Revolution ist auch für den Arbeitsschutz die Bahn freigemacht worden. Darum muß auch für die Arbeiter der Industrie jetzt die Zeit gekommen sein, um den Arbeitkontrolleur mit aller Nachdruck zu fordern! In diesem Sinne ist deshalb auch die Sozialpolitische Abteilung der Generalkommission bei den höheren Verwaltungsorganen im Reich und bei den Büroräten dagegen. G. Heinke.

Berantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.  
Verleger: Th. Schröder. Druck: Wieditz. Meier & Co.  
Söhlitz in Südbd.

## Bekanntmachung.

In der Zeit vom 8.—11. März 1919 waren auf den Abschiff 120 der Warenarten der Lebensmittelkartenhefte und der Lebensmittelkarten, sowie auf den Warenkartenschein des Bezugsanstaltes für Militärzuläufer

## 125 Gramm Weichtäte

zum Preis von Mark 3,10 für das Pfund zu nächstendr erzielbaren Geschäften verabsolut und entnommen werden. Die Kleinhandels haben die genannten Abschiffe bis zum 14. cr. auszuräumen unter Angabe des Postleitandes an die Notahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, II, abzustellen.

Lübeck, den 8. März 1919.

## Das Landesversorgungsamt.

### Verkaufsstellen:

|  |  |
|--|--|
| Baake, Otto, Breite Str. 70.                           | Petersen, J., Samtg. 45c.                  |
| Baustein, W., Schönhauserstr. 11.                      | Prinzipal, Herm., Winterhude, 9.           |
| Benecke, Ludwig, Rosengarten 25a.                      | Rothbach, H., Neustadt, Allee 19.          |
| Borgwardt, J., Gronau, Allee 29.                       | Buxtecker Butterholz, Becker, 23a.         |
| Batz, W., Herrenstraße, 52.                            | Scharberg Nachflg. (L. Richter)            |
| Böttmann, E., Kleiderhäusern, 9.                       | Schmidt, F.                                |
| Böhrmann Nachflg. (Anhänger, J., Gültzow, Am Markt 2.) | Schierling, W., Domstraße, 47.             |
| Brinckmann, Ludwig, Kleineuerort, 1.                   | Schooer, Karl, Böckebest, 14.              |
| Büttner, F., Südermarkt, 21a.                          | Sturm, Nachflg. Th., Königstr. 96.         |
| Canzler, Karl, Breite Str. 52.                         | Tretow, Paul, Schulmeisterstr. 27.         |
| Ebersleben, Franz, Elbtor, 32.                         | Uelrich, A. L. W., Johannisstr. 11.        |
| Fäster, B., Elbtor, 118.                               | Vorrath, H., Albertstr. 43.                |
| Konsumentverein in den Verbandsstädten.                | Wegener, Hans, Domstraße, 10.              |
| Kraupp, Max E., Böckebest, 8.                          | Friderici, A., Dänzigerstr.                |
| Krabeck, H., Seindorfstr. 12.                          | Spätter, Job., Weidengasse.                |
| Mecklenhäuser Nachflg., Tiefenau, Straße 18.           | Jagim, F., Heimatstätte.                   |
| Mollenhauer, H., Neub. Kurt Pöhl, 10, Seindorfstr. 22. | Konsumentverein des Hochofenwerks, Elbtor. |
| Mull, Conrad, Böckebest, 28.                           | Kohlpunkt, Paul, Elbtor.                   |
| Sitte, Ida, Kleineuerort, 52.                          | Zahmel, F., Schönhauserstr.                |
| Pauls, M., Schulmeisterstr. 12.                        | Kröger, J. U., Elbtor.                     |
|  | Sieckes, J., W.W., Elbtor.                 |

## Bekanntmachung.

Bei Gebruck der Bezeichnung des Rates der Volksaufsichtsräte vom 2. September 1918 über die Erziehung und die Errichtung von Arbeitsschülern im Bäder- und Kurdistriktsverband wird für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck ein Kommandat für das Bäder- und Kurdistriktsverwaltung errichtet.

Zum Fortgängen des Arbeitsschulrates wird bei Stadtverordnetenrat Dr. Allendorf und zu seinem Stellvertreter Dr. rer. pol. Schärfke ernannt.

Zu Sehrgern werden erinnert:

als Vertreter der Arbeitgeber 1. der Oberhaupt Richard Spangenberg.

Stellvertreter J. C. P. Jäne, Träger des Bämper-Sieger-

Stellvertreter H. Helm.

Stellvertreter Bädermeister H. Helm.

2. der Bädermeister Julius Stammer.

Stellvertreter Bädermeister Paul Schindler,

als Vertreter der Arbeitnehmer 1. der Bädergehilfe A. Mengel.

Stellvertreter Bädergehilfe J. Geissel.

2. der Bädergehilfe J. Borghahn.

Stellvertreter Bädergehilfe W. Drews.

3. der Bädergehilfe R. Gloy.

Stellvertreter Bädergehilfe H. Helm.

Lübeck, den 8. März 1919.

## Das Landesversorgungsamt.

## Bekanntmachung betreffend Fleischverlauf.

Am 1. Woche vom 8. bis 9. März 1919 wird Fleisch und Fleidstücke ausgedeckt und zwar nur auf jede Fleischkarre Fleisch und Fleidstück entnommen werden, falls nicht ein Wurst gewünscht wird. Entsprechend dieser Verteilung ist jede Fleischkarre, die den Auftrag „Vor Anteil“ trägt, mit 30 Gramm für Fleisch über 60 Gramm für Fleidwurst zu bewerten.

Lübeck, den 4. März 1919. (10041)

Das Landesversorgungsamt.

## Mieteinigungsamt für den Amtsgerichtsbezirk Bad Schwartau.

Bermietete Wohnräume, die am 1. April d. J. oder später ein Mietverhältnis zu ländiger beobachtigen, haben jeweils die Zustimmung des Mieteinigungsamtes vorher einzuholen, da mit die Rückerstattung der Mieteinigung Geltung hat. Anteile, die nicht unverzüglich erstellt werden können auf rechtzeitige Erledigung nicht reden. Die Zustimmung wird nur erteilt werden, wenn triftige Gründe vorgebracht werden können.

Anträge werden entgegengenommen im Amtsgerichtsgebäude in Bad Schwartau, Zimmer 22 u. 24, von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.

Bad Schwartau, den 3. März 1919.

de Beer,  
Vorsteher.

10055

Die Beirat, Vorsteher.

10056

Die Beirat, Vorsteher.

10057

Die Beirat, Vorsteher.

10058

Die Beirat, Vorsteher.

10059

Die Beirat, Vorsteher.

10060

Die Beirat, Vorsteher.

10061

Die Beirat, Vorsteher.

10062

Die Beirat, Vorsteher.

10063

Die Beirat, Vorsteher.

10064

Die Beirat, Vorsteher.

10065

Die Beirat, Vorsteher.

10066

Die Beirat, Vorsteher.

10067

Die Beirat, Vorsteher.

10068

Die Beirat, Vorsteher.

10069

Die Beirat, Vorsteher.

10070

Die Beirat, Vorsteher.

10071

Die Beirat, Vorsteher.

10072